

N I E D E R S C H R I F T

über die Sitzung **des Rates** der Stadt Burgdorf am **17.06.2010** im Ratssaal des Schlosses,
Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf,

16.WP/Rat/031

Beginn öffentlicher Teil: 19:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 21:10 Uhr
Ende vertraulicher Teil: Uhr

Anwesend: Bürgermeister

Baxmann, Alfred

1. stellv. Bürgermeisterin

Weilert-Penk, Christa

2. stellv. Bürgermeister

Unverzagt, Hartmut

Ratsherren/-frauen

Alker, Rudolf
Braun, Hartmut
Brennecke, Erwin
Brönnemann, Alfred
Degenhard, Walter
Ethner, Regina
Fleischmann, Michael
Gärtner, Bodo
Gersemann, Christiane
Gilke, Anette
Heldt, Gabriele
Hinz, Gerald
Hunze, Carl
Leykum, Maria
Lüddecke, Dieter
Meinig, Birgit
Morch, Hans-Dieter
Obst, Wolfgang
Pilgrim, Adolf-W.
Plaß, Barthold
Rheinhardt, Michael
Rickert, Heidrun
Rohde, Paul
Rück, Stefanie
Schrader, Karl-Ludwig
Schulz, Kurt-Ulrich
Weber, Ulrike
Zielonka, Holger Dr.

Ab TOP 5

Entschuldigt

Wackerbeck, Ursula
Walter, Klaus-Dieter

Verwaltung

Bauberrat
Controller
Verwaltungsfachangestellter
Stadtrat
Dipl.-Oec.
Bauberrat
Stadtamtfrau
Stadtoberamtsrat

Herbst, Rainer
Kauter, Theo
Kegel, Jan
Philipps, Lutz
Scholz, André
Trappmann, Hendrik
Vierke, Silke
Voutta, Jens

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigungen der Niederschriften über die Sitzungen des Rates vom 22.04.2010
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
5. Resolution des Rates der Stadt Burgdorf zu den Gemeindefinanzen (Gewerbsteuer)
Vorlage: 2010 0738
6. Persönlichkeitsrechte und "Google Street View"
Vorlage: 2010 0743
7. Neubildung des Ausschusses für Soziales und die ausländischen Mitbürger
Vorlage: 2010 0758
8. Entlastungserteilung für den Verwaltungsrat der Stadtparkasse Burgdorf; Geschäftsjahr 2009
Vorlage: 2010 0759
9. Ernennung des stellvertretenden Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Schillerslage
Vorlage: 2010 0754
10. Änderung der Straßenreinigungssatzung und der Straßenreinigungsverordnung
Vorlage: 2010 0757
11. Kindergartenbedarfsplanung 2010
Vorlage: 2010 0699

12. Straßenbenennungen im Gewerbepark Nordwest
Vorlage: 2010 0736
- 12.1. Straßenbenennungen im Gewerbepark Nordwest
Bezugsvorlage 2010 0736
Vorlage: 2010 0736/1
13. Abrechnung von straßenbaulichen Maßnahmen - Aufwandsspaltung
(Teileinrichtung) / Abschnittsbildung
Vorlage: 2010 0740
14. Ergänzungsvorlage: Abrechnung von straßenbaulichen Maßnahmen - Aufwands-
spaltung (Teileinrichtung) / Abschnittsbildung
Vorlage: 2010 0740/1

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

(vor Beginn der Tagesordnung im „Öffentlichen Teil“)

Beihilfe zu Bestattungskosten

Herr Dr. Mauch (ehrenamtliches Mitglied des Vereins „Bürger für Bürger“) erkundigte sich zum Thema „Beihilfe zu Bestattungskosten“. Ein Bürger habe vom Bestattungsunternehmen ein Formular bekommen, welches ausgefüllt an die Region Hannover gesendet werden müsse. Er habe die Auskunft erhalten, dass die Stadt Burgdorf diese Anträge nicht mehr entgegennehme. Das Bestattungsunternehmen habe nach 10 Tagen noch keine Zusage von der Region zur Übernahme der Bestattungskosten erhalten. Am elften Tage nach dem Todesfall sei die Stadt Burgdorf aktiv geworden. Vom Ordnungsamt habe der Bürger einen Bescheid, bzw. eine Anordnung nach dem Gefahrenabwehrgesetz erhalten, wonach die Bestattung bis zum folgenden Tage erfolgen solle. Dies sei insgesamt sehr kurzfristig und nicht besonders bürgerfreundlich abgelaufen. Er erkundigte sich daher, weshalb die Stadt Burgdorf derartige Anträge nicht entgegennehme.

Bürgermeister Baxmann erklärte, dass Anträge auf Übernahme der Bestattungskosten bisher in der Sozialabteilung entgegengenommen und bearbeitet worden seien. Eventuell habe es eine neue Verwaltungsregelung zwischen der Region und dem städtischen Sozialamt gegeben. Er werde dem konkreten Sachverhalt nachgehen.

Verkehrssituation

Herr Kohl teilte mit, beobachtet zu haben, dass trotz der neuen Umgehungsstraße weiterhin in hoher Anzahl Lastwagen durch Burgdorfs Innenstadt fahren würden.

Bezüglich der Verkehrssituation am Schützenplatz erkundigte er sich, weshalb die Fahrradwege nicht einfach nur in eine Richtung freigegeben worden seien.

Bürgermeister Baxmann antwortete, dass dies nicht unbedingt eine unproblematische Lösung sei. Es sei nicht garantiert, dass sich die Fahrradfahrer an eine Richtungsbegrenzung halten. Schüler müssten dann zudem zweimal die Straße queren. Es sei nun mit den vorgesehenen Umbaumaßnahmen ein richtiger Schritt erfolgt.

Herr Herbst erklärte zum LKW-Verkehr, dass regelmäßige Kontakte mit der Polizei bestünden. Der LKW-Verkehr habe sich von 8 % auf 0,5 % verringert. Er werde die Polizei aber noch einmal gezielt auf Kontrollen in der Kernstadt ansprechen.

Energiegesellschaft/Biogasanlage

Herr Ebeling sprach die Energiegesellschaft an, die laut Presse gegründet werden solle. Ein Informationsfluss an die Bürger dazu sei nicht vorhanden gewesen.

Bürgermeister Baxmann erklärte, dass darüber bisher nicht informiert worden sei, weil dies ein Antrag einer politischen Gruppierung gewesen sei. Bevor über Anträge in den Ausschüssen nicht diskutiert und diese auch noch nicht beschlossen worden seien, könne darüber auch noch nicht öffentlich berichtet werden.

Frau Möller befand den geplanten Bau der Biogasanlage als eine nicht familienfreundliche Politik. Baugrundstücke in deren Nähe erlitten einen nicht geringen Wertverlust von mindestens 20 %. Auch starke Geruchsbelästigungen seien dann vorhanden.

Herr Jachmann, Herr Wachtel sowie die Eheleute Ebeling teilten in einer aufkommenden Diskussion ihren Unmut über eine mögliche Biogasanlage in Hülptingsen mit. Es sei zu befürchten, dass es nicht bei einer Biogasanlage bleiben werde. Weitere Nachteile seien zu befürchten.

Bürgermeister Baxmann verdeutlichte, dass mögliche Probleme und Bedenken intensiv geprüft würden. Man werde sämtliche Aspekte und Interessen berücksichtigen. Es sei jetzt aber zu früh, um sich politisch für oder gegen eine Biogasanlage zu entscheiden.

Feldweg

Herr Möller ging auf Probleme im Bereich eines städtischen Weges in der Feldmark (Hülptingsen, östlich der Rotdornstraße) ein. Seit 10 Jahren werde dieser Sand-/Grasweg durchgepflügt und neu angesät. Er habe dies auch mit dem verantwortlichen Landwirt besprochen. An der Situation ändere sich jedoch nichts. Dieser Weg sei nie zu benutzen. Herr Scholz von der Verwaltung habe bisher trotz Kenntnis nicht reagiert. Wenn er mit seinen Pferden den Weg benutzen wolle, sei dies für die Tiere schädlich. Er erkundigte sich, warum seitens der Stadt nichts dagegen unternommen werde.

Bürgermeister Baxmann stimmte den Ausführungen voll und ganz zu. Allerdings werde von der Verwaltung einiges unternommen, dieses nicht akzeptable Verhalten des Landwirtes zu unterbinden. Zwischenzeitlich habe man auch Erfolge erzielen können. Es sei richtig, dass der aktuelle Zustand nicht tragbar sei. Herr Scholz könne ihm den derzeitigen Sachstand nach der Sitzung gerne erörtern.

Schiedsleute

Bürgermeister Baxmann bedankte sich für die geleistete Arbeit der bereits in der vergangenen Ratssitzung verabschiedeten Schiedsleute Herrn Gawronski und Frau Bielinski. Weiterhin begrüßte er die neu verpflichteten Schiedsleute Herrn Rohles und Frau Müller im Amt.

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Frau Weilert-Penk eröffnete die Sitzung um 19.30 Uhr und begrüßte alle Anwesenden.

Anschließend stellte **Frau Weilert-Penk** die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Der Ratsvorsitzende Herr Walter und Frau Wackerbeck seien für die heutige Sitzung entschuldigt. Frau Weber werde später erscheinen.

Beschluss:

Die Tagesordnung wurde vom Rat einstimmig beschlossen.

2. Genehmigungen der Niederschriften über die Sitzungen des Rates vom 22.04.2010

Frau Weilert-Penk fragte nach Änderungswünschen bezüglich der beiden Niederschriften der Sitzungen des Rates vom 22.04.2010. Da dies nicht der Fall war, folgte die Abstimmung.

Beschluss:

Die beiden Niederschriften wurden mit jeweils einer Enthaltung genehmigt.

3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Herr Trappmann berichtete, dass das Ministerium für Verkehr des Landes Niedersachsen eine erste Rückmeldung bezüglich der Resolution des Rates in der Angelegenheit „Kurvenzug“ gegeben habe. Darin heiße es, dass zur Zeit noch beraten werde, ob die Mittel an die Region Hannover zur Finanzierung des Nahverkehrs weiterhin gewährt werden.

4. **Anfragen gemäß Geschäftsordnung**

K e i n e

5. **Resolution des Rates der Stadt Burgdorf zu den Gemeindefinanzen (Gewerbsteuer)** **Vorlage: 2010 0738**

Frau Weilert-Penk erläuterte kurz die Beschlussvorlage und verlas die Resolution zur Stärkung der Gemeindefinanzen.

Herr Hinz ging in einer kurzen Einführung auf den aktuellen Stand bezogen auf die Gewerbesteuer ein. Er erklärte, dass ein vollständiger Ausgleich der Gewerbesteuer durch andere Steuern eine massive Steuererhöhung zur Folge hätte. Die Aussagen aus dem Finanzausschuss, Burgdorf habe ein Ausgaben- und nicht etwas ein Einnahmeproblem, seien nicht richtig. Die Steuereinnahmen seien vielleicht gestiegen, allerdings nicht in gleichem Maße wie dies die Ausgaben täten. Es sei wichtig, die Entscheidung über die Höhe der Gewerbesteuer beizubehalten. Sie sei die einzige Steuer von erheblichem Umfang, die selbst festgelegt werden könne. Dadurch könnten zugleich auch wirtschaftspolitische Aktente gesetzt werden. Die Resolution in der vorgelegten Form sei daher richtig und notwendig.

Herr Rohde stellte die Entwicklung der Gewerbesteuer in Burgdorf dar. Seit 1997 steige diese im Schnitt um ein Prozent. In Burgdorf gebe es keine Probleme mit den Gewerbesteuereinnahmen. Zunächst sei eine Resolution des Niedersächsischen Städtetages vorgelegt worden, gefolgt von einer Resolution des Deutschen Städtetages. Daher könne sich die Stadt auch Gedanken über eine eigene Resolution machen. Er verlas folgenden Vorschlag:

Die Gewerbesteuer darf nicht durch gesetzgeberische Eingriffe geschwächt werden. Sie ist als örtliche Wirtschaftssteuer unverzichtbar.

Die Gewerbesteuer muss durch Einbeziehung der Freiberuflichen in den Kreis der Steuerpflichtigen stabilisiert werden.

Wir fordern die Abschaffung der an Bund und Land abzuführenden Gewerbesteuerumlagen.

Die Entlastung der kommunalen Haushalte von den Sozialausgaben muss zu einem zentralen Ziel der Gemeindefinanzkommission werden.

Herr Fleischmann erklärte, dass die Gruppe Fleischmann/ Dr. Zielonka die Resolution grundsätzlich unterstütze. Aus Sicht des Linksbündnisses dürfe dies aber nur der Einstieg sein. Eine grundsätzliche Steuerreform sei notwendig.

Herr Lüddecke erachtete es als wichtig, für die Resolution eine Formulierung zu finden, die von allen Fraktionen mitgetragen werden könne. Die Probleme der Kommunen seien nicht alleine die Steuereinnahmen, sondern in erster Linie die Belastungen durch gesetzliche Auflagen. Die Steuereinnahmen seien ständig gestiegen, aber auch die Belastungen. Dazu gab Herr Lüddecke einzelne Beispiele. Die Gewerbesteuereinnahmen seien bundesweit zwischen 2004 und 2008 von 28 auf 42 Milliarden Euro gestiegen. Die Kommunen hätten in dieser Zeit mehr Schulden als vorher gemacht. Das Geld sei nicht verwendet worden, um Schulden abzubauen. Insgesamt sei die Gewerbesteuer ungerecht, da nicht jedermann einbezogen werde. Seine Fraktion werde dem Resolutionsvorschlag der CDU-Fraktion zustimmen.

Bürgermeister Baxmann verdeutlichte, dass eine gemeinsame Linie wichtig sei. Wenn ein Anspruch darauf bestehe, in der Kommunalpolitik noch gestalten zu wollen, dann müssten die entsprechenden Finanzmittel vorhanden sein. Letztlich habe die Kommune kein Ausgabenproblem. In den vergangenen Jahren seien regionsweit so viele Konsolidierungsprogramme erarbeitet worden, dass man nun kaum noch sparfähig sei. Wesentliche Ausgabenprobleme seien in der Tat durch Bundes- und Landesgesetzgebung entstanden. Darauf habe man keinen Einfluss. Auf der Resolution lasse sich gut aufbauen, zum Beispiel mit einer Teilnahme an einer geplanten Demonstration in Berlin. Die kommunale Selbsterhaltung stehe nun im Vordergrund. In der Gewerbesteuer sei eine positive Entwicklung zu verzeichnen. Insbesondere für Städte wie Burgdorf sei beispielsweise eine Abschaffung der Gewerbesteuer und ein Aufstocken, mit einem eigenen Hebesatz, der Einkommenssteuer problematisch. Erhebliche Verwerfungen seien die Folge. Ein Band zwischen Kommunalpolitik und Wirtschaft müsse erhalten bleiben. An den falschen Stellen dürfe nicht gespart werden, da die Kommunen eine gewisse Lebensqualität sichern müssten. **Bürgermeister Baxmann** äußerte sich abschließend zuversichtlich, dass der Textvorschlag der CDU-Fraktion gemeinsam beschlossen werden könne.

Herr Pilgrim erklärte, dass eine eigene Formulierung zur Folge habe, dass man sich außerhalb der Solidarität der niedersächsischen Städte und Gemeinden bewege. Es sei schließlich eine einheitliche Formulierung der Resolution vorhanden.

Bürgermeister Baxmann machte den Vorschlag, auf der Grundlage des vom Niedersächsischen Städtetages vorgelegten Resolutionsentwurfes den Resolutionstext der CDU-Fraktion zu beschließen. Damit sei sowohl die Solidarität mit den Kommunen als auch das Ziel einer kurzen und aussagekräftigen Formulierung zu erreichen.

Frau Weilert-Penk ließ daher auf der Grundlage des vom Niedersächsischen Städtetages vorgelegten Resolutionsentwurfes über die von Herrn Rohde verlesene Resolution abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf beschloss einstimmig die dem Originalprotokoll als Anlage 1 beigefügte Resolution.

6. **Persönlichkeitsrechte und "Google Street View"**
Vorlage: 2010 0743

Herr Fleischmann zeigte sich sehr erfreut über die Beschlussvorlage. Jeder Bürger solle das angebotene Formular abschicken, um sich gegen das Projekt „Google Street View“ zu wehren. Dieses biete nicht zuletzt auch für Verbrecher eine gute Informationsquelle.

Herr Braun erklärte, dass „Google“ nahezu jedem bekannt und gebräuchlich geworden sei. Das neue Projekt berühre aber die Privatsphäre und grenze an einen Überwachungsstaat. Es sei gut, dass die Möglichkeit bestehe, sich dagegen zu wehren. Dies sei den Bürgern auch zu empfehlen.

Herr Obst fügte hinzu, dass auch gegen das Strafgesetzbuch verstoßen werde, da Daten abgefangen und gespeichert worden seien. Es habe einen Strafantrag des Landes Nordrhein-Westfalen gegeben. Gegen diesen Eingriff in die Privatsphäre sollten sich die Bürger wehren. Folgerichtiger sei es allerdings, wenn „Google“ sich an die Bürger wenden müsste, um Zustimmungen zu erhalten.

Herr Lüddecke signalisierte Zustimmung seitens der FDP-Fraktion bezüglich der Beschlussvorlage.

Herr Pilgrim erläuterte, dass der Einsatz der Kameraautos möglicherweise rechtlich nicht einwandfrei sei. Das Auslegen und sammeln von Unterschriftenlisten gegen dieses Projekt sei eine weitere Alternative.

Herr Schrader fragte bezüglich der Beschlussvorlage nach, ob die Stadt Burgdorf ein Schreiben fertigen würde, in dem „Google“ aufgefordert werde, für den gesamten Stadtbereich von Burgdorf das Fotografieren zu unterlassen. Es sei ihm unklar, ob die Bürger sich dann zusätzlich dazu in einer „zweiten Fassung“ wehren müssten.

Bürgermeister Baxmann erklärte, dass eine Resolution an „Google“ gesendet werde und die Bürger sich individuell gegen das Projekt wehren könnten.

Frau Weilert-Penk ließ sodann über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf lehnt das Projekt „Google Street View“ einstimmig ab, mit dem alle Straßenzüge in Burgdorf und in allen anderen deutschen Städten und Gemeinden rundum fotografiert werden, um die Fotos weltweit für Internetnutzer zur Verfügung zu stellen. Der Rat ist der Überzeugung, dass dieses Projekt mit dem informationellen Selbstbestimmungsrecht unserer Einwohnerinnen und Einwohner nicht vereinbar ist. Der Rat fordert daher die Firma Google auf, ihr Projekt „Google Street View“ umgehend einzustellen.

Die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Burgdorf werden auf der städtischen Internetseite über die Rechte und Pflichten gegenüber „Google Street View“ informiert. Gleichzeitig soll auf der Internetseite www.burgdorf.de ein Vordruck für einen Widerspruch gegen die Veröffentlichung eingestellt werden.

Die Stadt Burgdorf prüft, ob von Google Street View für das Fotografieren eine Gebühr/Entgelt/Abgabe gefordert werden kann.

7. Neubildung des Ausschusses für Soziales und die ausländischen Mitbürger

Vorlage: 2010 0758

Frau Weilert-Penk erklärte, dass die Beschlussfassung zu dieser Vorlage einstimmig erfolgen müsse. Die Nachrücker im Ausschuss für Soziales und die ausländischen Mitbürger seien Herr Dr. Cölle und Frau Lange. Ansonsten gebe es keine Änderungen.

Beschluss:

Der Rat beschloss einstimmig ein von § 51 Abs. 10 NGO abweichendes Verfahren und bildete den Ausschuss für Soziales und die ausländischen Mitbürger unter Auflösung seiner bisherigen Besetzung neu. Die neugebildete Besetzung des Ausschusses für Soziales und die ausländischen Mitbürger ist Anlage 2 zu entnehmen. Diese Besetzung wurde durch den Rat festgestellt.

8. Entlastungserteilung für den Verwaltungsrat der Stadtparkasse Burgdorf; Geschäftsjahr 2009

Vorlage: 2010 0759

Frau Weilert-Penk bat zunächst die Verwaltungsratsmitglieder der Stadtparkasse (Bürgermeister Baxmann, Herr Obst und Herr Pilgrim), den Saal zu verlassen.

Herr Mohrich lobte die Arbeit der Stadtparkasse Burgdorf. Sie habe 101 Mitarbeiter und vorbildliche 12 Auszubildendenplätze. Sein Dank galt besonders den Führungskräften.

Herr Hinz lobte die Stadtparkasse als wertvolles Unternehmen und für das hervorragende Geschäftsergebnis. Die Nähe zu Kunden und Unternehmen sei besonders ausgeprägt. Die Entlastung der Verwaltungsratsmitglieder sei selbstverständlich.

Herr Lüddecke hob das sehr gute Ergebnis eines Jahresüberschusses von 735.000 Euro hervor. Die Entlastung des Verwaltungsrates sei natürlich in Ordnung.

Herr Dr. Zielonka erklärte, dass er sich der Stimme enthalten werde. Die Stadtparkasse habe auch im Jahre 2009 erfolgreich gearbeitet. Die Abführung an die Stadt Burgdorf sei seit vielen Jahren unverändert auf niedrigem Niveau. Eine erfolgreich arbeitende Institution könnte an dieser Stelle zu einer deutlichen Erhöhung kommen. Dies sei auch Aufgabe der Verwaltungsratsmitglieder.

Herr Alker stimmte einer Entlastung der Verwaltungsratsmitglieder zu und unterstützte die Aussage von Herrn Dr. Zielonka.

Frau Weilert-Penk ließ im folgenden über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf beschloss mit 25 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen gem. § 23 Abs. 3 NSpG dem Verwaltungsrat der Stadtparkasse Burgdorf aufgrund des Prüfungsergebnisses zu dem Jahresbericht 2009 durch den Nds. Sparkassen- u. Giroverband und aufgrund der Empfehlung der Sparkassenaufsichtsbehörde Entlastung zu erteilen.

**9. Ernennung des stellvertretenden Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Schillerslage
Vorlage: 2010 0754**

Frau Weilert-Penk ließ über diesen Tagesordnungspunkt nach Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Rat beschloss einstimmig,

Herrn Alexander Schultz mit Wirkung vom 01. August 2010 für die Dauer von 6 Jahren (bis zum 31. Juli 2016) zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Schillerslage

zu ernennen.

**10. Änderung der Straßenreinigungssatzung und der Straßenreinigungsverordnung
Vorlage: 2010 0757**

Frau Weilert-Penk ließ über diesen Tagesordnungspunkt nach Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Rat beschloss einstimmig, die

7. Änderungssatzung zur Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in der Stadt Burgdorf - (in der der Originalniederschrift als Anlage 3 beigefügten Fassung) und die 8. Änderungsverordnung zur Verordnung über Art, Maß

und räumliche Ausdehnung der Straßenreinigung in der Stadt Burgdorf – (in der der Originalniederschrift als Anlage 4 beigefügten Fassung) zu erlassen.

**11. Kindergartenbedarfsplanung 2010
Vorlage: 2010 0699**

Frau Gersemann erklärte, dass neben neuen Bauplätzen auch Betreuungsplätze für Kinder nötig seien, um Burgdorf wachsen zu lassen. Burgdorf sei ein attraktives Ziel für junge Familien und nehme Familienfreundlichkeit ernst. Die Verwaltung habe die Planungen im Kindergartenbedarf gut ermittelt. Es werde nun angestrebt, alle Burgdorfer Grundschulen in offene Ganztagschulen umzuwandeln. Der Bedarf an Hortplätzen bleibe aber bestehen. Viele Familien benötigten an allen Wochentagen über 15.30 Uhr hinaus, sowie in den Schulferien, eine flexible Betreuung. Ohne finanziell handlungsfähige Kommunen seien Bildungsziele nicht zu erreichen. Benötigt werde eine angemessene finanzielle Beteiligung von Bund und Land und die damit verbundene Planungssicherheit. Bildung beginne bereits bei der Kindergartenbedarfsplanung und diese sollte heute so verabschiedet werden.

Herr Lüdecke bestätigte, dass die Verwaltung hier sehr exakte Zahlen ermittelt und ausgearbeitet habe. Ein neues Aufgabengebiet seien Problemkinder mit seelischen Störungen. Dies finanziere sich nicht aus dem Bereich der Eingliederungshilfe, sondern über die Jugendhilfe. Da sich diese Fälle häuften, müssten Regelungen und Entscheidungen getroffen werden, wie mit diesen umgegangen werde.

Herr Fleischmann teilte mit, dass das Linksbündnis diese Vorlage unterstütze. Gleichzeitig erinnere er daran, dass Kinder von Hartz-IV Empfängern und Geringverdienern noch immer Essengeld zahlen müssten. Dies sollte abgeschafft werden.

Frau Ethner lobte die umsichtige Planung und ergänzte, dass in einigen Jahren vermutlich Probleme aufkommen werden. So sei u. a. zu fragen: Wird sich der Neubedarf in den Neubaugebieten als realistisch eingeschätzt erweisen? Wie können überzählige Kindergartenplätze in einigen Jahren genutzt werden? Müsse an die Nachnutzung von Einrichtungen und Gebäuden gedacht werden? Sollte Erzieherinnen geraten werden, sich durch Zusatzausbildungen für den Einsatz in Krippen oder anderen sozialen Bereichen zu qualifizieren?

Frau Weilert-Penk ließ nun über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf stellte in Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung von 2009 (Vorlage 2009/495) das vorhandene Angebot an Kindergärten, Horten und Krippen sowie den Bedarf und den weiteren erforderlichen Ausbau gemäß den Anlagen zu dieser Vorlage einstimmig fest. Für die Krippenplätze wird für die Zeit nach dem 31.07.2013 eine Versorgungsquote von 50 % zweier Jahrgänge zugrunde gelegt.

**12. Straßenbenennungen im Gewerbepark Nordwest
Vorlage: 2010 0736**

Siehe TOP 12.1

**12.1. Straßenbenennungen im Gewerbepark Nordwest
Bezugsvorlage 2010 0736
Vorlage: 2010 0736/1**

Bürgermeister Baxmann erklärte, dass betreffend der Planstraße AB „Fritz-Sennheiser-Straße“ unter Vorbehalt abgestimmt werden müsse. Man habe mit dem Sohn der betreffenden Person gesprochen und noch keine abschließende Äußerung zu dieser Ernennung erhalten. Die Familie Sennheiser werde nach der Abstimmung noch einmal kontaktiert. Es sei aber bereits eine grundsätzliche Zustimmung signalisiert worden.

Herr Fleischmann äußerte, dass er sich bei der Abstimmung zu dieser Vorlage enthalten werde, da er dem betreffenden Gewerbegebiet weiterhin kritisch gegenüberstehe.

Frau Weilert-Penk ließ sodann über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf beschloss mit 29 Ja-Stimmen und einer Enthaltung, die neuen Planstraßen im Gewerbepark Nordwest wie folgt zu benennen:

Planstraße A	"Max-Planck-Straße"
Planstraße B	"Otto-Hahn-Straße"
Planstraße AB	"Fritz-Sennheiser-Straße" (unter Vorbehalt)

**13. Abrechnung von straßenbaulichen Maßnahmen - Aufwandsspaltung
(Teileinrichtung) / Abschnittsbildung
Vorlage: 2010 0740**

Frau Weilert-Penk ließ über diesen Tagesordnungspunkt nach Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Rat beschloss einstimmig, den Aufwand für die selbständig nutzbaren Teileinrichtungen (Beleuchtung) / Abschnitte bei den in der Vorlage genannten Anlagen (Straßen) gesondert zu ermitteln.

14. **Ergänzungsvorlage: Abrechnung von straßenbaulichen Maßnahmen - Aufwandsspaltung (Teileinrichtung) / Abschnittsbildung**
Vorlage: 2010 0740/1

Frau Weilert-Penk ließ über diesen Tagesordnungspunkt nach Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Rat beschloss einstimmig, den Aufwand für die selbständig nutzbaren Teileinrichtungen (Beleuchtung) / Abschnitte bei den in der Vorlage genannten Anlagen (Straßen) gesondert zu ermitteln.

Einwohnerfragestunde

(nach Ende der Tagesordnung im „Öffentlichen Teil“)

Da keine weiteren Fragen vorlagen, schloss **Frau Weilert-Penk** die Rats-sitzung um 21.10 Uhr.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer